

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Für Postweg, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. Juli 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 77

### Vom Gewerkschaftskongress

In Nürnberg, auf historischem Boden und an einem Orte bedeutender, bis ins Mittelalter hinein zu verfolgender Kämpfe um die Rechte der Arbeiter, trat am 30. Juni der X. deutsche Gewerkschaftskongress zusammen. Das mit einfachem Grün und Fahnen in den Stadtfarben geschmückte Tagungslokal war der prächtige Saalbau des Industrie- und Kulturvereins am Frauenortgraben. Im Jahre 1905 vollendet, dient dieser Bau „der Pflege des Schönen in Kunst und Leben“, und stürmt, sein Äußeres und Inneres entsprechen diesem edlen Zweck durchaus. Alles zeugt von folter Gelehrtheit und praktischer Anordnung. Am Vorabend des Kongresses, dem 29. Juni, war von der Nürnberger organisierten Arbeiterschaft ein Karnevalsfeier Begleichungskommers veranstaltet worden, auf dem den zahlreichen Delegierten des Gewerkschaftskongresses namens der Arbeiterschaft ein herzlich Willkommen entboten wurde. Ausgezeichnete Konzerte, Vorträge des Philharmonischen Orchesters und stimmungsvolle Darbietungen des Arbeiterchors umrahmten den Empfangsabend. Der Auftakt zum Gewerkschaftskongress war ein dessen Bedeutung entsprechender.

Die Präsenzliste wies 644 Namen auf, die nach dem Stande der Gewerkschaften am 31. März d. J. 476088 Mitglieder in 52 Verbänden vertraten. In der Zwischenzeit ist die Hälfte bereits überstrichen. Für den Verband der Deutschen Buchdrucker waren 13 Delegierte anwesend, und zwar vom Verbandsvorstande zwei Vertreter (Seib und Grabmann), von der „Korr.“-Redaktion ein Vertreter (Helmholz) und je ein Vertreter aus den Gauen Berlin (Maffini), Rheinland-Westfalen (Albrecht), Leipzig (Engelbrecht), Bayern (Kemperich), Württemberg (Klein), Mittelrhein (Fuchs), Nordwest (Oßke), Ostpreußen (Reisner), Schleswig-Holstein (Prüter), Mecklenburg-Lübeck (Dabncke). Neben diesen Vertretern ihrer Organisation waren noch eine ganze Reihe von Buchdruckern auf dem Gewerkschaftskongress anzutreffen als Presselich oder als Angestellte anderer Verbände (Gaulleifer, Redakteure usw.). Zahlreich war auch die Zahl der Gäste, die dem diesmaligen Kongress beiwohnten. Unter den ausländischen Vertretern fiel der Charakterkopf des alten Öreälisch besonders auf. Mit zwei anderen Gewerkschaftsangehörigen vertrat er den Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Ferner waren von den Gewerkschaftszentralen Norwegens, Hollands und Österreichs Vertreter anwesend. Eine vorgesehene Vertretung Schwedens wurde wegen verschiedener Umstände in letzter Stunde abgelaßt, und auch der dänische Vertreter zog es vor, „wegen der unsicheren Verhältnisse in Deutschland“ von seiner Reise zum Gewerkschaftskongress Abstand zu nehmen. Die Reichsregierung war offiziell nicht vertreten, doch nahm der Reichsernährungsminister Robert Schmidt als Mitglied der Generalkommission an den Verhandlungen teil und griff später auch in die Debatte sehr aufklärend ein. Die bayerische Regierung vertrat Gasteiger und die Stadt Nürnberg Dr. Helmerich. Von sonstigen Gästen verdienen noch erwähnt zu werden Leiche von der „Volksfürsorge“, Kaufmann vom Zentralverbande Deutscher Konsumvereine, Professor Dr. Francke und Dr. Heyde von der Gesellschaft für Soziale Reform. Verschiedene Beamten- und Angestelltenorganisationen, die der Generalkommission noch nicht angeschlossen sind, hatten ebenfalls Vertreter geschickt.

Der Vorsitzende der Generalkommission Karl Legien wies in seiner Eröffnungssprache darauf hin, daß der Kongress in der schwersten Zeit, die die deutsche Arbeiterschaft erlebt habe, zusammenkrete. Auf dem Münchner Gewerkschaftskongress waren die Vorbereitungen getroffen für den Kampf mit den reaktionären Gewalten. Dann kam der Krieg, dieses furchtbare Verbrechen, das in allen Staaten systematisch vorbereitet worden war. Legien gedachte Johann in tiefbewegten Worten der unendlich vielen Opfer an Menschenleben draußen und dahel. Die gesamten Kongressteilnehmer hörten diese Ausführungen lebhaft an. Anstatt des erhofften Friedens der Verständigung sei ein Frieden der Gewalt getreten, der eine Quelle neuer Zwietracht und des Hasses bilden werde. Uns bleibt nur

die Hoffnung auf eine Verständigung des internationalen Proletariats. Die Revolution hat die Wege freigemacht für die Entwicklung der Demokratie. Diese Entwicklung aber wird gehemmt durch den Gewaltfrieden. Er erschwert, ja macht es fast unmöglich, die Neugestaltung des Wirtschaftslebens vorzunehmen. Die Steigerung der Not trifft am schwersten die Arbeiterklasse. Ein Neuaufbau des deutschen Wirtschaftslebens, die Durchführung des Sozialismus ist nur möglich, wenn eine Einigung der Arbeiterschaft erfolgt. Legien drückte die Hoffnung aus, daß diese Einigung durchgeführt werden würde, weil sie durchgeführt werden müsse. Daraus seien die Beratungen des Kongresses von vornherein einzustellen. Die fürmliche Zustimmung zu diesen einleitenden Ausführungen bereitete zu den besten Hoffnungen, wenn auch im weiteren Verlaufe der Verhandlungen dieser Optimismus eine wesentliche Eindämmung erlief.

Schon bei der Wahl des Bureaus plähten die Gegenläufe stark auseinander. Der bewährte Vorsitzende der Generalkommission zeigte jedoch bei der Erledigung dieses Punktes, daß ihm das Einigende höher stand als das Trennende. Legien machte entsprechende Vorschläge, um die Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen, und ihre Annahme durch den Kongress führte dazu, die Opposition hinsichtlich der Besetzung des Bureaus zufriedenzustellen. Als Vorsitzende des Kongresses wurden mit übergroßer Mehrheit Legien, Leipzig (Berlin) und Reichel (Stuttgart) gewählt, nachdem ein Vorschlag der Opposition für den Vorsitz zurückgezogen worden war. Unter den Schriftführern befand sich Kollege Maffini. Die gleiche entgegenkommende Haltung gegenüber der geschlossen auftretenden Opposition nahm der Kongress auch bei der Festlegung der Geschäftsordnung ein. Beschlissen wurde u. a. zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, zu den Aufgaben der Betriebsräte sowie bei der Besprechung der Arbeitsgemeinschaft Korreferate anzunehmen. Zum Punkte „Sozialisierung“ wurde sogar beschlossen, zwei Korreferenten zu Worte kommen zu lassen, nämlich Dr. Hilferding (Berlin) als Vertreter der unabhängigen Richtung und Hecker (Chemnitz) als Vertreter der kommunistischen Auffassung. Wenn außerdem noch der Opposition von vornherein zugestanden wurde, im Anschluß an den Rechenschaftsbericht der Generalkommission durch einen Vertreter ihre Auffassung in unbeschränkter Redezeit zum Ausdruck bringen zu lassen, so schienen alle Möglichkeiten erschöpft, um eine selbständige Beurteilung der wichtigsten Tagesordnungspunkte und eine allgemeindeutliche Beschlussfassung sicherzustellen.

Es ist natürlich unmöglich, im Rahmen eines knappen Stimmungsbildes von diesem Kongress auf den Verhandlungsverlauf speziell einzugehen. Die entsprechenden Anwendungen daraus zu ziehen, muß späterer gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit vorbehalten bleiben. Unter den Begrüßungsansprachen der zahlreichen Gäste nahmen diejenigen der Ausländer besonderes Interesse in Anspruch. Sie ließen keinen Zweifel darüber, wie man im Ausland über den Gewaltfrieden denkt, daß man ihn einschätzt als ein Merkmal kapitalistisch-imperialistischer Machtpolitik gegen den Sozialismus. Die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung werde jedoch die vom Imperialismus und Kapitalismus errichteten Mauern übersteigen. Mit größter Freude sei festzustellen, daß unter den holländischen, englischen, französischen und italienischen Arbeitern eine starke Bewegung gegen den Gewaltfrieden einsetzt worden ist, der als ein Rechtsfrieden angekündigt war. Den deutschen Arbeitern sei es gelungen, aus Deutschland den demokratischen Staat der Welt zu machen. Die revolutionären Erregungszustände begannen sich auch für die ausländischen Arbeiter nützlich zu gestalten.

Die eigentlichen Kongressverhandlungen begannen am Nachmittag des ersten Tages mit der Erstattung des Rechenschaftsberichts der Generalkommission durch Legien. Der Bericht umfaßt den Zeitraum vom 1. Juni 1914 bis 31. Mai 1919, die härteste Zeit, die unser Volk seit mehr als hundert Jahren durchlebte. Der stoffliche Band enthält 196 Druckseiten. Infolge der verschiedenen

Streiks im Berliner Buchdruckergewerbe war es leider nicht möglich, den Rechenschaftsbericht rechtzeitig in die Hände der Delegierten gelangen zu lassen; erst auf dem Kongress kamen sie in seinen Besitz. Ein Umstand, der von allen Seiten bedauerlich empfunden wurde, und der namentlich der Opposition Gelegenheit gab, der Generalkommission heftige Vorwürfe zu machen, obwohl sie nach den gegebenen Darlegungen an der Verzögerung keine Schuld trug, sondern alles getan hatte, um die pünktliche Verlesung zu gewährleisten. In seinen einleitenden Bemerkungen zu dem Rechenschaftsbericht führte Legien dem Sinne nach aus: Wer die Tätigkeit der Generalkommission vom politischen Gesichtspunkt aus beurteilt und aus den Verhältnissen, wie sie sich seit der Revolution gestaltet, der kann zu der Überzeugung kommen, daß jene Tätigkeit nicht richtig war. Wer diese jedoch betrachtet von dem Standpunkte, daß die Beschlüsse unter andern Selbstverhältnissen und von den heutigen wesentlichen abweichenden Machtpositionen gefaßt worden sind, der wird zu der Überzeugung gelangen, daß die Generalkommission unter den abweichenden Verhältnissen richtig gehandelt hat. Die Generalkommission hat lediglich das getan, was sie im Interesse der Arbeiterschaft tun mußte. Nicht wenige von jenen, die heute heftig kritisieren, daß manches hätte unterlassen und anderes hätte getan werden müssen, haben früher die Energie vermisst lassen, die von der Generalkommission und den Verbandsvorständen aufgewendet wurde. Bei Ausbruch des Krieges hat die Generalkommission vor allen Dingen dafür gesorgt, daß die Gewerkschaften vor dem Zusammenbruche geschützt wurden. Die Kritiker schlußfolgerten daraus indes, die damalige Vorkändekonferenz habe nur den Zweck gehabt, die Regierung zu unterfütten. Die Generalkommission hat gegen jedes Geheiß, das nach seiner Tendenz geeignet war, die Arbeiter zu schädigen, energischen Einspruch erhoben. Das gilt auch gegenüber dem Noske'schen Streikerlaß (der während des Kongresses bekanntlich zurückgenommen wurde). Legien ging dann auf die sogenannte Kriegspolitik der Generalkommission ein, die sich im wesentlichen deckt mit der von der politischen Partei am 4. August 1914 eingenommenen Stellung. In außerordentlich wirksamer Art verteidigte sie der Redner. Nur derjenige, der wünschte, daß unser Land in die furchtvolle Lage kommt, in der es sich heute befindet, könnte die Handlungsweise der Generalkommission kritisieren. Unter fürmlichem Beweise führte Legien weiter aus, daß ein großer Teil derjenigen, die heute gegen die Generalkommission stürzen die Kapitalismus, die von einem Verrate der Arbeiterführer sprechen, durch ihre frühere Indifferenz das Kapital gestärkt hätten. Dann wandte er sich dem Parteistrelke zu, mit dem sich die Generalkommission erst beschäftigte, als der Strelke auf die Gewerkschaften ausgedehnt wurde. Die Maßregelung bewährter Gewerkschaftsleiter wegen ihrer politischen Überzeugung brandmarkte Legien aufs härteste. Wenn früher ein Unternehmer einen Arbeiter maßregelte wegen seiner politischen Überzeugung, dann stand die ganze Arbeiterschaft hinter dem Gemäßigten. Wir mühten uns schämen, daß es Arbeiter gibt, die andre Arbeiter maßregeln. Hierauf wandte sich der Redner den Beschlüssen zu, die einzelne Gewerkschaftsveranstaltungen gegen die Generalkommission sahen. Das Anklage des deutschen Volkes sei nicht hervorgerufen worden durch die Politik der Generalkommission, sondern durch die Politik derjenigen, die die deutsche Arbeiterschaft gespalten hätten. Das tragische Schicksal der deutschen Sozialdemokratie bestand darin, daß sie in dem Augenblick, in dem sie die politische Macht erhielt, diese nicht ausüben konnte, weil sie zerrissen war. „Wie auch das Urteil gegen die Generalkommission ausfallen möge“, so schloß Legien seine Ausführungen, „das Bewußtsein können Sie uns nicht nehmen, daß wir immer alles getan haben im Interesse der Arbeiterschaft, daß wir die Einheit der deutschen Gewerkschaften gewahrt haben!“

Die hier nur flüchtig angedeuteten Hauptgedanken des mündlichen Berichts Legiens, in Verbindung mit dem schriftlich niedergelegten Tätigkeitsbericht waren so über-

wogender Art, daß der Kampftreter der Opposition, Dismann (Frankfurt a. M.), keinen leichten Stand hatte, zumal er sich bei keinem Angriffe zumelt auf Blatte aus zahlreichen Nummern des „Korrespondenzblattes“ aus den ersten Kriegsjahren stützen konnte. Es war ihm, wie er sagte, darum zu tun, bei der kritischen Nachprüfung der Tätigkeit der Generalkommission den Geist unter die Lupe zu nehmen, der dort herrschte. Kurz vor Kriegsausbruch habe das „Korrespondenzblatt“ anders gerichtet über die Streikgeber als nach dem 4. August. Dieser Tag brachte die Wandlung, der Klassenkampf wurde eingefleischt, die Regierung hatte keinen freieren Bundesgenossen als die Gewerkschaften. In demselben Augenblick, als die Generalkommission dem deutschen Volke das Durchhalten predigte, zogen andre dem Volke das Semd über die Ohren. Der Lebensmittelwucher kam zur höchsten Blüte. Die Politik der Generalkommission ist mit Schuld an dem Elend, in dem sich das deutsche Volk heute befindet. Die Haltung der Gewerkschaften gab der Regierung die Stütze für ihre Politik. Der Redner ging dann auf die einzelnen Phasen der vorkriegsleitenden „Kriegspolitik der Generalkommission“ ausführlich ein, den Eintritt in den Bund für Freiheit und Vaterland, dem Burgfrieden, die Ludendorff-Spende; alle diese Dinge aufs beflachte und leidenschaftlich kritizierend. Die entschiedene und verurteilende Kriegspolitik der Generalkommission habe ihre Fortsetzung auch nach der Revolution erfahren. Es sei auch jetzt noch kein revolutionärer Geist innerhalb der Generalkommission zu verspüren. Die Generalkommission habe durch ihre Handlungen das Vertrauen seiner Geliebten verloren. Diese hätten jedoch nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu zersplittern, sondern würden dafür sorgen, daß an Stelle des bürokratischen, verknöcherten Geistes ein revolutionärer Geist in den Gewerkschaften Platz greift.

Bei der nunmehr folgenden Eröffnung der Debatte über den Rechenschaftsbericht wurde das Bureau förmlich gestürzt. 41 Delegierte ließen sich sofort in die Rednerliste eintragen. Ein Antrag von Dismann, abwechselnd einem Redner für und einem gegen die Generalkommissionspolitik das Wort zu geben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zunächst wurden die zum Rechenschaftsbericht vorliegenden Anträge begrüßt, u. a. von Brey (Hannover), der den Antrag der Vorstandskonferenz gegen das Streikverbot Noskes wirksam vertrat, ferner von Brümmer (Mannheim) der die Beilegung der Generalkommission forderte, gemäß einem Antrage der Mannheimer Metallarbeiter. Dann folgte die eigentliche Diskussion ein, die sich bis in die Abendstunden des zweiten Tages erstreckte und teilweise dramatische Formen annahm, je nach der Parteilichkeit des einzelnen Redners. Die Tagespresse hat darüber so ausführlich berichtet, daß wir hier nicht darauf eingehen brauchen. Die gegensätzlichen politischen Auffassungen kamen in einer derart scharfen und leidenschaftlichen Weise zum Ausdruck, daß man oftmals den Eindruck hatte, als befände man sich nicht auf einem Gewerkschaftskongress, sondern auf einem Parteitag. Höchst wurden wir Buchdrucker deshalb empfindlicher als andre davon berührt, weil wir bei der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen unserer Berufsgenossen die politische Neutralität aus Zweckmäßigkeitsgründen von jeher am konsequentesten ausschalteten. Ein Standpunkt, zu dem sich die übrige Arbeiterklasse in ihrer Allgemeinheit erst nach und nach durchringen wird, weil es nützlich ist. Bedeutende Ansätze dazu sind bereits vorhanden, z. B. in dem von der Generalkommission beantragten Auktionsvertrag der Mannheimer Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Partei, der auch von den Rednern der Opposition aufgegeben wurde, allerdings weniger aus prinzipiellen als aus parteilichlichen Gründen.

In seinem anberkühnlichen Schlusswort ging Regien in überlegener Ruhe und Selbstsicherheit auf alle in der Debatte erhobenen Monita ein. Er legte überzeugend dar, daß keinerlei Beweis dafür erbracht worden sei, daß die Handlungen der Generalkommission falsch waren und nicht den Interessen der Arbeiter dienten. Es seien rein politische Reden hier gehalten worden, die auf einen Parteitag gehörten. Mit dem Munde mache man keine Revolution, sondern durch die Tat. Durch jahrelange mühevollen Arbeit bereitet die Gewerkschaften den Boden dafür vor. Die Beschlüsse der Generalkommission während der Kriegszeit hätten sich den jeweiligen Verhältnissen angepaßt; sie waren dazu bestimmt, das Schlimmste von der Arbeiterklasse abzuwenden. Heute von der Generalkommission ausgestellt, daß das Beschlüsse falsch gewesen sei, käme der Selbstheit gleich. Wenn die Opposition sage, sie wolle keine Spaltung der Gewerkschaften, so sei darauf hinzuweisen, daß auch in der sozialdemokratischen Partei nicht gleich der Wille zur Spaltung vorhanden gewesen sei. Dennoch sei diese eingetreten. Es sei also vor dem ersten Schritte zu warnen. Nach den erhobenen Einwürfen gegen die Generalkommission habe diese ein Recht, zu verlangen, daß der Kongress nicht einfach den Rechenschaftsbericht anerkenne, sondern ihr kein Vertrauen ausdrücke. Dieser Vertrauensausdruck werde den Weg der Gewerkschaftsbewegung freier gestalten und über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegheben.

Die Abstimmung über eine von Siebel (Berlin) und Genossen eingebrachte Vertrauensresolution war auf Antrag der Opposition eine namentliche. Die Resolution selbst hat folgenden Wortlaut:

Der X. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands stellt nach Entgegennahme des Berichts der Generalkommission über ihre Tätigkeit während der verflochtenen Geschäftsperiode fest, daß die Generalkommission bestrebt war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Der Kongress weist deshalb die in der Öffentlichkeit gegen die Generalkommission erhobenen Anschuldigungen, sie habe die Arbeiterklasse im Streike verfallen, entschieden zurück. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen an die Gewerkschaften herangetretenen Fragen bestehen können, spricht der Kongress der Generalkommission sein Vertrauen aus. Für dieses Vertrauensvotum stimmten 445 Delegierte als Vertreter von 3307335 Mitgliedern, dagegen 170 Delegierte als Vertreter von 1483779 Mitgliedern. Die Annahme erfolgte insofern mit über Zweidrittelmehrheit. Es ist nicht ohne Interesse, das Abstimmungsverhältnis näher kennen zu lernen. Von den Bäckern stimmte deren Verbandsvorstand mit nein, die sämtlichen andern Delegierten mit ja; bei den Bauarbeitern 27 mit ja, 2 mit nein; bei den Bergarbeitern 36 mit ja, 8 mit nein; Brauer, Buchbinder, Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter, Bureauangestellte, Chorjänger, Dachbeder, Feilseuer, Glaser, Hausangestellte, Kutmacher, Landarbeiter, Lithographen, Schiffszimmerer, Steinarbeiter, Steinleher, Tapezierer stimmten geschlossen für das Vertrauensvotum. Die Eisenbahnerdelegation wies starke Zersplitterung auf: 15 ja und 11 nein. Bei den Fabrikarbeitern stimmten 36 mit ja, 17 mit nein; bei den Gastwirtegehilfen 4 mit ja, 2 mit nein; bei den Gemeindearbeitern 24 mit ja, 7 mit nein; bei den Handlungsgehilfen 11 mit ja, 15 mit nein. Von den 19 Holzarbeiterdelegierten stimmte nur einer mit nein, sämtliche übrigen mit ja. Bei den Malern war das Abstimmungsverhältnis 5 ja, 2 nein; bei den Metallarbeitern 54 ja, 64 nein; bei den Schuhmachern 5 ja, 8 nein; bei den Schneidern 11 ja, 4 nein; bei den Tabakarbeitern 9 ja, 1 nein; bei den Textilarbeitern 14 ja, 16 nein; bei den Transportarbeitern 35 ja, 2 nein; bei den Zimmerern 18 ja, 3 nein. Der Vertreter der Kinoangestellten enthielt sich der Abstimmung, da seine Organisation noch neu und zu jung in der Bewegung ist.

Mit der namentlichen Abstimmung über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission war eine Klarstellung über das Für und Gegen der „Generalkommissionspolitik“ geschaffen, und die Opposition verzichtete demgemäß auf die vorher beantragte namentliche Abstimmung über die Entschliebung der Vorstände gegen den Noskeschen Streikverbot, da darauf mit gewaltiger Mehrheit Annahme laud. Der Abstoß dieser Entschliebung, der an die Arbeiterklasse dringend appelliert, wilde Streiks zu unterlassen, gelangte sogar mit allen gegen eine Stimme zur Annahme.

Das Verhältnis der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Generalkommission gestaltete sich vornehmlich einen gewissen Rückschlag auf alle prinzipiell wichtigen Anträge. Mit geringfügigen Abweichungen blieb das Abstimmungsverhältnis, wie sich bald zeigte, ungefähr dasselbe. Bei der Entschliebung Paepow und Genossen, die für die parteipolitische Neutralität eintritt, wurde abgesehen abgestimmt, wobei sich teilweise eine Einstimmigkeit ergab. In der Gesamtstimmung wurde die genannte Entschliebung vom Kongress mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Sie besagt in ihrem vollen Wortlaut:

Der X. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt, daß die Gewerkschaften die Arbeitnehmer unbedingte der politischen oder religiösen Überzeugung des einzelnen zu einheitlicher und geschlossener Aktion zwecks Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen vereinigen müssen.

Das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1906, das eine Verständigung der beiden Zentralkomitees bei wichtigen, die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betreffenden Fragen verlangt, hatte den Zweck, diese Aktionskraft der Arbeiterkraft durch Vermidung von Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung zu erhöhen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern wurde davon nicht berührt.

Aber dieses Abkommen hatte eine einheitliche politische Interessenvertretung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongress steht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stohkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen.

Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge, berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken. Sie müssen vielmehr zum Brennpunkte der Klassenbestrebungen des Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.

Auf alle sonstigen wichtigen Beschlüsse werden wir erst später zurückkommen können. Bemerkenswert für heute nur, daß nach lebhafter Aussprache die Resolutionen über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, die ein Bekenntnis zum Sozialismus bedeuten, und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte mit einigen Änderungen gemäß den Vorlagen der Generalkommission verabschiedet wurden. Die Abstimmung über die sechs aufgeführten Aufgaben der Betriebsräte war wiederum eine namentliche; 407 Delegierte stimmten für die Vorlage, 192 dagegen. Eine Anzahl von Delegierten war bereits abgereist. Im Anschluß daran stimmte der Kongress gegen wenige Stimmen folgender Resolution zu: „Der Kongress erklärt nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über Betriebsräte vom 15. Mai 1919, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können. Inwiefern Vertreter werden versucht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuarbeiten, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeiterangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.“ Bei der namentlichen Abstimmung über die vorher stark angefeindete Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbesserte sich das Resultat im Sinne der Vorlage der Generalkommission insofern, als 420 Delegierte mit ja und 181 mit nein stimmten.

Das großartige Referat Umbrells über die Sozialisierung der Industrie war aufgebaut auf dem Standpunkte, daß die Sozialisierung der Industrie, in erster Linie der reifen Betriebe, ohne weiteres angestrebt werden müsse, wengleich die Durchführung nicht von heute auf morgen möglich sei, sondern allmählich erfolgen müsse. Die Ausführungen des Korreferenten Dr. Silberding, des leitenden Redakteurs der unabhängigen „Freiheit“, wurden mit allettigem Interesse aufgenommen. Sie standen in ihrer Art turmhoch über dem niedrigen Parteigedank in der vielumstrittenen Frage der Sozialisierung. Dr. Silberding führte u. a. aus: In der gegenwärtigen schwierigen Lage müssen wir es den Arbeitern offen sagen, daß die Sozialisierung keine sofortige Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse bedeutet. Deshalb kommt für uns auch nur der organische Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Frage. Die Sozialisierung darf für die Arbeiterklasse nicht nur eine Messer- und Gabelfrage sein; mit Lohnfragen allein schafft man nicht die Beseitigung, die zur Durchführung der Sozialisierung notwendig ist. Die wirtschaftsgebundene Planwirtschaft lebte Silberding entschieden ab. Der als weiterer Korreferent vorgesehene Kommunist Secherl (Chemnitz) war inzwischen abgereist. In der Diskussion über die Sozialisierungsfrage traten wiederum stark gegensätzliche parteipolitische Anschauungen auf.

Die Vorbereitungen zum Wahl des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes brachten für die Buchdrucker insofern eine Überraschung, als unser Verbandsvorstand, Kollege Graßmann, auserhoren wurde, das Amt des stellvertretenden Vorstandes zu übernehmen. Die Wahlkommission ließ sich dabei von der Notwendigkeit leiten, die gewerkschaftlichen Erfahrungen der Buchdrucker auf dem Tarifgebiete der Gesamtarbeiterklasse nutzbar zu machen, die in tariflicher Beziehung heute reiflos den Bahnen folgt, die ihnen die Buchdrucker einst wiesen. Außerdem war man der Auffassung, daß bei dem allgemeinen Mangel an den nötigen Kräften in der Arbeiterbewegung die Buchdrucker noch am besten in der Lage seien, die in ihrer Organisation durch den Weggang Graßmanns entstehende Lücke wieder zu schließen. Im übrigen sei es wertvoll, an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung einen Mann zu wissen, dessen Kraft sich nicht verzettelt durch Inanspruchnahme für die politische Parteilichkeit in Parlament und Regierung. Diesen Überlegungen vermochten sich unsere Delegierten nicht zu verschließen, als sie sich in internem Kreise verständigten. Trotzdem fiel ihnen natürlich der Entschluß, Peter Graßmann der Gesamtbewegung zu überlassen, nicht leicht. Mit schwerem Herzen sah man ihn scheiden. Bei der Wahl des Bundesauschusses wurden 600 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Regien 428, Graßmann 429, Koben 417. Von diesen drei Vorständen sind zwei besetzt. Als Kassierer erhielt Stube (Zimmerer) 413, als Redakteur Umbrell (Holzarbeiter) 412 Stimmen. Ferner wurden gewählt als besetzte Sekretäre Knoll (Steinleher), Wölter (Bergarbeiter) und als unbesetzte Böhler (Bäcker), Brünner (Eisenbahner), Bruns (Fabrikarbeiter), Siebel (Bureauangestellter), Sabath (Schneider), Sallenbach (Sattler), Schmidt (Landarbeiter), Silberding (Bauarbeiter).

Über die gewerkschaftlichen Unterichtsursache berichtigte Sallenbach, desgleichen über die Regelung des Lehrlingswesens. Den zu beiden Punkten vorliegenden Vorschlägen stimmte der Kongress zu. Zum Ausbau der Sozialversicherung wurde eine Sachverständigenkommission eingesetzt, welcher u. a. auch der von der Mittelgesellschaft Nürnberg gestellte Antrag auf Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung überlesen wurde. Von den

zahlreichen Anträgen seien hier nur einige erwähnt. Der Kongress sprach sich für die Schaffung eines Reichsgewerbeamts aus und für die Kommunalisierung der Arbeiterlehrerats. Er forderte ferner die Erhöhung der Lebensmittelrationen sowie die restlose Erfüllung aller rationierten Lebensmittel und wandte sich gegen die Boden Spekulation. Zu förmlichen Aufstellungen kam es kurz vor Schluss des Kongresses nochmals gelegentlich der Beschlussfassung über eine Entschlüsselung, in der mit Enttäufung Kenntnis genommen wurde von den Leiden und Drangsalierungen der organisierten Arbeiterklasse in den besetzten westlichen Gebieten, und ferner bei einem Antrag der Vorstands-konferenz, der es verweigert, das Gewerkschaftsamt für den wegen der Zugehörigkeit zur Reichswehr aus den Verbänden ausgeschlossen und ihrer erworbenen Rechte beraubt werden sollen. Die beiden strittigen Anträge wurden schließlich angenommen, und zwar der erste einstimmig und der zweite mit starker Mehrheit.

Damit war die Tagesordnung des Kongresses, auf dessen positive Ergebnisse noch eingegangen werden soll, erschöpft. In einer eindrucksvollen Rede sprach Dömer (Wien) seine Freude darüber aus, daß der Kongress die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung trotz vieler drohender Klippen, an denen sie zu zerfallen drohte, aufrechterhalten habe. Er sprach den Wunsch aus, daß nach der Verschmelzung Österreichs mit Deutschland der nächste Gewerkschaftskongress in Wien tagen möge. Nach herzlichen Dankesworten an die Nürnberger Arbeiterklasse und einer alle geliebten Beschlüsse zusammenfassenden und das Eingangs stark betonten Schlusses des Vorliegenden Reiches wurde der bedeutsamste Gewerkschaftskongress am Sonnabendabend mit einem Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Ernährungswirtschaft

Ein kleiner Überblick

Der Reichsernährungsminister hat in den letzten Tagen folgenden Erlaß an die Kreisämter, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet: Um die Abfälle, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preislenkung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Ware zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenstellen und Zwischenhandel genommen werden, welche die Wirkung der Verbilligung teilweise unwirksam machen. Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt: Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, insoweit die Preise nicht mit den bereits geltenden Kleinverkaufspreisen für inländische Lebensmittel übereinstimmen, drückliche Kleinverkaufspreise festzusetzen. Hierbei wird die Beachtung folgender Grundätze dringend empfohlen:

Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3,50 Mk. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinbändlers zusammen je Kilogramm 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 Mk.

Bei Süßensirupen: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 Mk. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinbändlers zusammen je Kilogramm 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 Mk.

Bei Mehl: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1,30 Mk. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinbändlers zusammen 20 bis höchstens 22 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel 14 bis höchstens 16 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von 82 bis höchstens 84 Pf.

Für Fleisch und Speck sind die gemäß den Richtlinien der Reichsstelle aufgestellten Kalkulationen zugrunde zu legen. Es werden in der Regel ermöglicht, daß in kleineren und mittleren Städten das Fleisch, welches zu 7,60 Mk. je Kilogramm abgegeben wird, zu 9 Mk. je Kilogramm in den Verbrauchs abgegeben werden kann, in größeren Städten, insbesondere wenn Pökelfleisch hinzukommt, zu höchstens 9,50 Mk. je Kilogramm. — Bei Speck, welcher zu 6,80 Mk. je Kilogramm abgegeben wird, wird der Verkaufspreis im Kleinhandel überall mit 8 Mk. je Kilogramm ausreichend bemessen sein. Für Speisefett, welches zu 9 Mk. je Kilogramm abgegeben wird, sind höchstens die Zuschläge zu berechnen, welche durch die Reichsstelle zulässig sind.

Kondensmilch, welche zu 1,50 Mk. je Büchse abgegeben wird, wird zu 1,80 Mk. in den Verbrauch gegeben werden können.

Bei ausländischen Kartoffeln, bei welchen für alle Kartoffeln der Abgabepreis an den Kommunalverband 20 Pf. je Pfund und Frühkartoffeln 30 Pf. je Pfund beträgt, sind die Zuschläge für Gemeinde und Handel nach denselben Grundätzen zu berechnen, nach denen am 1. Juli diejenigen für inländische Kartoffeln berechnet wurden. Wo bisher Mißpreise für ausländische und inländische Kar-

toffeln bestanden, hat eine entsprechende Ermäßigung einzutreten.

Zel den Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen Oberhöfliche aus der Verteilung der ausländischen Lebensmittel nicht erzielt werden.

Der Inhalt dieses Erlasses bedeutet zwar noch keine direkte Preislenkung, sondern nur die Anbahnung einer Preislenkung durch zweifelhafte Erörterung des Schleichhandels und der durch diesen hervorgerufenen unerhörten Wucherpreise für rationierte Lebensmittel. Die durch diese Verordnung festgesetzten Preise sind immer noch zum größten Teil um das Vier- bis Fünffache höher, als die Friedenspreise für die betreffenden Lebensmittel gewesen sind. Sie bedeuten nur insofern eine gewisse Erleichterung, als dadurch mehr marktreife Lebensmittel gekauft werden können und für diese wahrscheinlich nicht mehr die unverdächtigsten zehn- und mehrfachen höheren Schleichhandelspreise bezahlt werden müssen. Es wird in vielen Zeitungen geschrieben, daß durch diese Lenkung auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft für eine Durchschnittsfamilie eine wöchentliche Preislenkung von 25 bis 30 Mk. eintreten würde. Wir würden uns freuen, wenn dem so wäre. Aber leider ist die Sache immer noch so, daß diese Verbilligung es nur ermöglicht, wenn nicht durch allerhand Schaltungen und besonders nicht durch den wahnwitzigen Streik der Eisenbahner der Plan des Reichsernährungsministers zuhause gemacht wird, sich weitest- einmal oder zweimal in der Woche wieder einmal richtig satt essen zu können. Wir freuen uns dieser Wendung um so mehr, als sie endlich das zur Tat werden läßt, was wir schon längst gefordert haben, und was auch in einer Gauvereinsversammlung der Leipziger Buchdrucker schon vor der letzten Tarifausschüttung durch einstimmige Annahme einer dementsprechenden Resolution als beste Beteuerung aus der wirtschaftlichen Bedrängnis der Arbeiterklasse gefordert wurde.

Das ist ein kleiner Überblick. Er kann zur Genugung der lange genug gequälten Arbeiterfamilien beitragen. Aber nur dann, wenn dem Arbeiter dadurch die Möglichkeit eröffnet und frei gehalten wird, sich und seine Lieben wieder körperlich etwas kräftigen zu können, und dieser Lichtblick nicht gleich wieder bei seinem ersten schwachen Scheitern das Unternehmertum dazu verleitet, an einen Abbau der Löhne zu denken. Ziel, unsagbar viel hat das arbeitende Volk Deutschlands durch die Anordnung der „bewährten Wirtschaftsordnung“, durch den Weltkrieg verloren; es wird lange, lange Zeit brauchen, um sich wieder zu erholen. Sollen wir, daß diese Lage bei jenen Stellen nicht erkannt wird, die bisher an besser gedachten Söhnen haben und nicht in gerichtsähnlichen Säulenhallen, zerissenen Strümpfen, Schuhen usw. den Kampf ums Dasein führen mußten. Der schwache Lichtblick dieser teuer erkaufte Besserung könnte ihnen andernfalls zu schwermütigen Verbängnissen werden. Wenn solche Schulen der Not, wie sie das deutsche Volk hinter sich hat, haben barie und entschlossene Menschen herangebildet. Sie werden nicht mehr in das alte Loch zurückkehren!

Korrespondenzen

Wschaffensburg. Die am 14. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung, die durch den Vorstehenden Ausschuss eröffnet wurde, erledigte zunächst geschäftliche Angelegenheiten. Das als Hauptpunkt in der Tagesordnung vorgehene Referat des Kollegen Schweizer (Mannheim) über Gewerkschaftskongress und Tarifausschüttung mußte auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden, da der Referent zur letzten Stunde anderwärts dringend benötigt wurde. Betreffs der neuen Steuerungsanlage erstallten die Vertrauensmänner eingehenden Bericht. Es war daraus zu entnehmen, daß die Steuerungsanlagen in allen diesigen Druckereien durchgeführt sind. Im weiteren Punkte der Tagesordnung beschloß die Versammlung, dieses Jahr den Gedanktag unteres Allmeisters in würdiger, familiärer Weise in Salzburg zu feiern. Unter „Verleihenem“ kam die Lehrlingsfrage zur Diskussion. Es wurde in der Hauptsache der Zeichenunterricht der diesigen Lehrlinge an der Fortbildungsschule einer Kritik unterzogen, als deren Resultat der Vorstandsvorsitzende Vorschläge zu Verbesserungen auf diesem Gebiete gemacht wurden. Nach Aussprache über verschiedene tarifliche Angelegenheiten wurde die Versammlung, die einen guten Verlauf aufwies und sehr anregend verlief, seitens des Vorstehenden mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf unsern Verband geschlossen.

Rundschau

Buchdruckerstreik in Schweden. Zu dem unterstehenden Stichmarke in Nr. 76 des „Korr.“ berichteten Grellants sendet uns der Sekretär des Internationalen Buchdruckerlehrerats in Stuttgart, Kollege Stauner, folgende Mitteilung, die auch den Verbandsvorständen übermietet worden ist, mit der Bitte um Veröffentlichung: „Der Vorstand des Schwedischen Typographenbundes meldet uns, daß die Kollegen in diesem Lande, das Personal der Zeitungen ausgenommen, seit 1. Juli im allgemeinen Streik stehen. Der schwedische Zentralvorstand erwartet die moralische Unterstützung des Internationalen Buchdruckerlehrerats und der angeschlossenen Organisationen. Wir bitten Sie, dafür zu sorgen, daß Zugang von Bucharbeitern aus Ihrem Verbandsgebiete nach Schweden bis auf weiteres unterbleibe.“

Nachahmenswerte Beispiele. Dem gesamten Personal der Firma G. Volk Nachfolger, Buchdrucker und Paperverarbeitungswerk in Soltau, vom jüngsten Lehrling bis zum Prokuristen, wurde eine sogenannte „Treuerrämie“ ausbezahlt, die nach Dauer der Geschäftsjahre bei einzelnen Beschäftigten bis zu 230 Mk. betrug. Außer diesen Zuwendungen ist die Firma auch sonst sehr entgegenkommend gegen das Personal in bezug auf die Höhe der Löhne sowohl als auch auf sonstige Vergünstigungen. — In Hamburg sind von Verlage der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (Willaohk & Co.) die Sonberzulagen nicht angerechnet worden, so daß in diesem Geschäftsjahre von 119 bis 155 Mk. gezahlt werden; Krankenkassen- und Invalidenversicherungsbeiträge werden nicht in Abzug gebracht. Die Druckerfirma A. A. Andrefen bewilligte ihrem Personal eine volle Woche Ferien, trotzdem sie noch nicht neun Monate besteht. In den Genuss dieser Vergünstigungen traten bis jetzt neun Kollegen. — Die Buchdruckerei S. Witten in Soltau bewilligte ihrem Personal, das erst seit der Wiedereröffnung des Betriebes am 1. Mai d. J. dort tätig ist, ohne Ausnahme acht Tage Ferien.

Zur Papierkonkordierung. Unter dem 26. Juni 1919 hat das Reichswirtschaftsministerium eine Bekanntmachung über Druckpapier erlassen, die am 1. Juli in Kraft getreten ist und das Bezugsrecht für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1919 regelt. Im großen und ganzen stimmt die Bekanntmachung mit ihren beiden Vorgängerinnen, die die Konkordierung des Papiers für die beiden ersten Viertel dieses Jahres regeln, überein. Die Papierzuweisung bleibt also unverändert. Die Einschränkung der Zeitungen bleibt dieselbe, wie sie den einzelnen Zeitungen auf Grund ihres im Jahre 1915 ermittelten Umlanges auferlegt worden ist. Für Tageszeitungen, die im Jahre 1915 nicht erschienen sind, kann die Kriegswirtschaftsstelle mit Genehmigung des Reichswirtschaftsamts ein Bezugs- oder Verbrauchsrecht festsetzen. Zur Herstellung von Druckwerken, Musikalien, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften dürfen deren Verleger und Drucker im laufenden Vierteljahre die gleiche Menge Druckpapier beziehen und verbrauchen, die — errechnet auf einen Zeitraum von drei Monaten — im Jahre 1916 zu deren Herstellung verwendet worden ist. Neu ist folgende Bestimmung: „Ist die gedruckte oder gegen Entgelt abgegebene Auflage einer Tageszeitung am 1. Juli 1919 zu einem späteren Zeitpunkt gegenüber der Durchschnittauflage des Jahres 1915 um mindestens 30 Proz. zurückgegangen, so kann die Kriegswirtschaftsstelle mit Genehmigung des Reichswirtschaftsamts ein Bezugs- und Verbrauchsrecht entsprechend dem Rückgang der Auflage kürzen.“ Der Kriegswirtschaftsstelle ist damit ein Kürzungsrecht gegenüber den in der Auflage des Jahres 1915 zurückgegangenen Zeitungen eingeräumt worden. An eine Aufhebung der Druckpapierkonkordierung hatte man unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gedacht; sie wäre auch tatsächlich nur zum Vorteile der großkapitalistischen Presse ausgefallen. Aber hätte sich denn nicht wenigstens eine teilweise Aufhebung der Einschränkungen ermöglichen lassen?

Einstellung des Erscheinens. Die im 162. Jahrgange lebende liberale „Tierliche Zeitung“ hat ihr weiteres Erscheinen einwillig eingestellt. Als Grund zu dieser unreflexiven Maßnahme wird Geschäftslage welter liberaler Kreise angegeben, die es sich nicht klar gemacht haben, „daß eine Zeitung durch Abonnement, Einzelgen und Mitarbeit selbst unterstützt werden muß, wenn sie bestehen und die Interessen ihrer Leser und Parteifreunde wirksam vertreten soll“, wie es in den Abschiedsworten des Verlags heißt. Das ist allerdings bezeichnend.

Das politische Plakat. Unter diesem Titel hat die Zeitschrift „Das Plakat“ eine amtliche Publikation herausgegeben, in der die Hochstuf von Plakaten und Verbeschriften anlässlich der Geburt der deutschen Republik vorzüglich wiedergegeben ist. Neben den rein künstlerischen — die allerdings auch mancherlei Mängel aufweisen — sind auch recht viele und gute Schriftplakate vorhanden. In Wasmuths Kunstheften finden wir gleichfalls eine Reihe dieser Plakate reproduziert unter dem Titel „Plakatkunst und Revolution“. Man mag sich zu der künstlerischen Tendenz und Bedeutung dieser Plakate, von welchem Gesichtspunkte aus sie in erster Reihe besprochen werden, stellen, wie man will, jedenfalls steht das eine fest, daß diese Verbilligungen jene unruhige Zeit in einem bemerkenswerten Spiegelbild recht einprägnant wiedergeben.

Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Aufsicht über die Ausführung der Verordnung betreffend die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung ist den Gewerbeaufsichtsbeamten (Gewerkschaftsleitern) übertragen worden. Die Aufsicht erstreckt sich auf die Ausführung von Arbeiten in Notfällen usw., andererseits Regelung der Arbeitszeit in Fällen, in denen Naturereignisse, Unglücksfälle oder dergleichen den Betrieb unterbrochen haben, Regelung der Arbeitszeit und der Überstunden durch Tarifvertrag. Ferner ist der Gewerbeaufsichtsbeamte zu Verhandlungen mit den Angestelltenausschüssen im Beisein des Arbeitgebers oder mit beiden Seiten allein beauftragt; auch kann er zu diesem Zwecke die Ausschüsse einberufen. Den Aufsichtsbeamten sind Vollbefugnisse übertragen, sie können also jederzeit die Revision eines Betriebes vornehmen.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:  
 Artikel: Vom Gewerkschaftskongress.  
 Ernährungswirtschaft: Ein kleiner Überblick.  
 Korrespondenzen: Wschaffensburg.  
 Rundschau: Buchdruckerstreik in Schweden. — Nachahmenswerte Beispiele. — Zur Papierkonkordierung. — Einstellung des Erscheinens. — Das politische Plakat. — Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten.

**Briefkasten**

D. S. in A.: Sie müssen sich in dieser Angelegenheit am Ihren Kreisvertreter, Kollegen Hugo König, Biele, a. d. S., St. Klausenstraße 71, wenden. — D. S. in B.: Ja, aber nur in der fernsich und geleglich fehlgegangenen Briefkasten. — G. S. in D.: Das Verzeichnis ist befristet. Sie werden sich daher wohl gebüden müssen, bis eine neue Ausgabe erscheint. Der Besitz eines Kartei-Verzeichnisses entbindet Sie jedoch nicht von der Verpflichtung, bei den zuständigen Stellen anzufordern. — A. S. in D.: Darum! Im allgemeinen liegen die Verhältnisse ja gar nicht so, wie Sie sie darstellen; daher abgelehnt. — Fr. A. in B.: Wunsch wird berücksichtigt; der Adressat sucht sich fern von Madrid zu erholen. — G. S. in M.: Findet Aufnahme, doch nur unter Entscheidung des zweifelhafte Hofes, der nicht im Interesse der Briefkasten liegt. — J. S. in D.: Wird aufgenommen. — B. S. in B.: Haben Ihre Adresse weitergegeben. — G. S. in J.: 2,85 Mk.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbüro: Berlin-SW 29, Chamslopf 511, Fernsprecher: Hüf 1417, Hüf 1911.

**Gau Westpreußen.** Der Beitrag für die Gaukasse beträgt vom 1. Juli an 40 Pf. wöchentlich, der Verbands- und Gaubeitrag also zusammen 1,90 Mk. statt 1,80 Mk. Der Beitrag der Hinfestlebenunterstützungskasse für außer dem Gau wohnende Mitglieder ist von 10 Pf. auf 20 Pf. vom 1. Juli an erhöht.

Geld- und diesbezügliche Postsendungen sind von nun an Robert Bulla, Danzig, Wallplatz 12 c, zu richten, da Kollege David das Amt des Gaukassierers nach beinahe 19jähriger Tätigkeit niedergelegt hat. Die Postkontonummer lautet jetzt 7219. Zahlkarten geben demnach zu.

Alle andern Postsendungen sind an den Gauvorsitzer, Gustav Jano, Kettlerbagerstraße 7, zu richten.

**Wiegk.** Das Verbandsbuch des Sehers Alfred Knabe (In der Saale 3616, Hauptbuchnummer 66700) ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

**Adressenveränderungen**

Wittorf, Vorhänger: Reinhard Poritz, Wolfener Straße 4; Kassierer: Friedrich Puhlmann, Kallertstraße 54. **Neuburg a. d. S.** (Machinemeisterklub.) Vorhänger: Rudolf Schlieber, Wladimirstraße 47. **Werdau (Mitt.)**, (Ort.) Vorhänger: S. Alejewskoff, Große Straße 119.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse): **Im Gau Rheinland-Westfalen** die Seher: Laurenz Fürländer, geb. in Münster 1872, ausged. dal. 1890; 2. Karl Kallermann, geb. in Münster 1880, ausged. dal. 1899; 3. Fritz Wittbold, geb. in Münster 1877, ausged. dal. 1895; 4. Friedrich Komann, geb. in Darendorf 1876, ausged. dal. 1893; 5. Hilger Beyer, geb. in Wachen 1866, ausged. dal. 1884; 6. Georg Stabr, geb. in Gronau 1899, ausged. dal. 1917; 7. Joseph Gauerland, geb. in Münster 1859, ausged. dal. 1879; 8. Wilhelm Kloppe, geb. in Hilsden 1890, ausged. in Arelfeld 1908; 9. Joseph Vliedeman, geb. in Linz a. Rh. 1882, ausged. dal. 1899; 10. Fritz Schiff, geb. in Neuvied 1895, ausged. dal. 1913; 11. Karl Schreiber, geb. in Sülpe 1899, ausged. dal. 1917; 12. Emil von der Beck, geb. in Langenberg (Rheinl.) 1880, ausged. dal. 1898; 13. August Forsthoff, geb. in Langenberg (Rheinl.) 1871, ausged. dal. 1889; 14. Kornelius Mechner, geb. in Langenberg (Rheinl.) 1867, ausged. dal. 1886; 15. Oskar Hanhammer, geb. in Ciberfeld 1877, ausged. dal. 1897; 16. Joseph Gobenau, geb. in Greventhorp 1897, ausged. dal. 1915; 17. Karl Moll, geb. in Wörde 1891, ausged. dal. 1908; 18. Edward Geller, geb. in Greunau 1894, ausged. dal. 1913; 19. Hubert Jönghen, geb. in Münster 1891, ausged. dal. 1909; 20. Erhard Meier, geb. in Arelfeld 1875, ausged. dal. 1893; 21. August Meckendorf, geb. in Hellighausen 1885, ausged. dal. 1903; 22. Adolf Lorenz, geb. in Barmen 1854, ausged. in Langenberg (Rheinl.) 1872; 23. Karl Rosenblad, geb. in Milpe 1878, ausged. in Weller (Ruh) 1898; 24. Martin Schumacher, geb. in Büpich 1899, ausged. in Sireunau 1917; 25. der Schwelgeren Julius Winkler, geb. in Gillinghausen 1877, ausged. in Langenberg 1895; 26. der Seher Friedrich Hüten, geb. in Barmen 1892; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 27. Wilhelm Blum, geb. in Dortmund 1892, ausged. dal. 1910;

28. Heinrich Schweiger, geb. in Polch 1868, ausged. in Koblenz 1886; 29. Wilhelm Männig, geb. in Fierlobn 1881, ausged. dal. 1899; 30. Johann Klein, geb. in Röseldorf 1892, ausged. in Bären 1911; 31. Hubert Moll, geb. in Arelfeld 1884, ausged. dal. 1902; 32. Heinrich von Her, geb. in Bochum 1869, ausged. in Gromme 1887; 33. Johann Köp, geb. in Bielefeld 1885, ausged. dal. 1903; 34. Julius R. Incke, geb. in Plettenberg 1894, ausged. dal. 1913; 35. E. Kusnierich, geb. in Hauhen 1898, ausged. in Buer 1917; 36. Hermann Polle, geb. in Nordhausen 1885, ausged. dal. 1903; 37. Max Beutner, geb. in Ciberfeld 1861, ausged. in Kattingen (Ruh) 1879; 38. Paul Henn, geb. in Ciberfeld 1890, ausged. dal. 1907; 39. August Belle, geb. in Ciberfeld 1865, ausged. dal. 1883; 40. Heinrich Cleve, geb. in Arelfeld 1855, ausged. dal. 1874; 41. Heinrich Eiler, geb. in Münster 1878, ausged. dal. 1896; 42. Hermann Hebel, geb. in Grotterode 1879, ausged. in Arelfeld 1874; die Bruder 43. Karl Fied, geb. in Solingen 1870, ausged. in Düsseldorf 1890; 44. Arthur Müller, geb. in Danzig 1879, ausged. dal. 1898; 45. Fritz Wappe, geb. in Dortmund 1882, ausged. dal. 1900; 46. Wilhelm Schmitz, geb. in Mettmann 1889, ausged. in Borne 1907; 47. Altemans Hülsbusch, geb. in Wülmen 1866, ausged. dal. 1883; waren schon Mitglieder. — Emil Wübricht in Köln, Gereonsb. 28.

**Verammlungskalender**

**Braunschweig.** Bezirksversammlung Sonntag, den 13. Juli vormittags 10 Uhr, im „Eichhörnchen Hof“, Gabelinger Straße. **Dresden.** Maschinen-Verammlungsversammlung Sonntag, den 13. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Tivoli“. **Essen.** Maschinenmeister-Verammlungsversammlung, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Viehoferstraße 37. **Dortmund.** Stereotypen- und Galvanoplastiker-Verammlungsversammlung, den 13. Juli, vormittags 9 Uhr, im „Schwarzen Raben“, Panstraße 105. **Mühlhausen i. Th.** Verammlungsversammlung, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Hellen Lokal, Am Blöcher. **Nordhausen.** Verammlungsversammlung, den 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei Spil, Stranckstraße. **Worms.** Verammlungsversammlung, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“. **Zerbst i. Vnd.** Verammlungsversammlung, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im „Roten Adler“ (Schilling), Bahnhofsstraße. **Zwickau.** Maschinenlehrer-Bezirksversammlung Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Goldenen Beyer“, Ruhre Leipziger Straße.

**Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker Kreis III, Frankfurt a. M.**  
Montag, den 14. Juli, abends 9 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“ in Frankfurt a. M., Am Schulmännchen, Holzstraße: **Verammlung der tariffreien Gehilfen**  
Tagesordnung: 1. Wahl eines Beihilfenvertreter. 2. Wahl eines ersten Stellvertreters.  
Zahlreiche Besuch erwartet. **J. M. S. Braum.**

**In der Privatklage**  
**Koebke/Kurzmann**  
schlossen die Parteien in der Sitzung vom 13. Mai 1919 folgenden Vergleich. Der Angeklagte erklärt: Ich bebaure, die der Privatklage zugrunde liegende Klageurteilung gegen den Privatkläger, das er an Beamte des Staatlichen Reichsanwaltschaftsgerichtes gezahlt habe, nicht aufrecht erhalten. Ich übernehme die Gerichtskosten.  
**Georg Kurzmann, Geschäftsführer der Sansa-Druckerei, Berlin N 4, Woblerstraße 12.**

**Langenscheidts Taschenwörterbücher**  
mit Angabe der Aussprache nach der Methode Toussaint-Langenscheidt  
finds Reis bis auf die Neuzeit für Reis, Kontor, Lehrkräfte, Konversation und Schulgebrauch die besten und preiswertesten Wörterbücher  
Dänisch-Nordwegisch, Deutsch (Rein- und Fremdwörterbuch), Deutsch (Orthographisches Wörterbuch), Englisch, Französisch, Italienisch, Japanisch, Lateinisch, Neugriechisch, Niederländisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Spanisch, Ungarisch, Griechisch, Hebräisch, Lateinisch, 1906  
Jede Fremdsprache umfasst alle Teile. Teil I: Fremdsprache-Deutsch. Teil II: Deutsch-Fremdsprache.  
Einzelbände 3,40 Mk., Doppelbände 6,30 Mk., 10 Pf. Postzusatzpflicht.  
In begeben durch jede Buchhandlung oder direkt von der **Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung** (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstr. 29/30.

**Monolineierer**  
der auch im Handhab ausbittelt, in dauernder Stellung gesucht. 185  
„Schiffbecker Zeitung“, Otto Sell, Schiffbecker bei Hamburg.

**Flachstereotypen- und Galvanoplastiker**  
selbständiger, sauberer Arbeiter, in allen Facharbeiten, möglichst auch in Plattenherstellung, Abzügen und Schichtarbeiten gelibt, zum 21. Juli oder früher für unsere kleine Hausanstalt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten. 194  
Druckereigesellschaft „Karlung & Co.“, G. m. b. H., Hamburg 25.

**Schiffgießergehilfen**  
Tätige, zuverlässige Stempelgießer für Gussmaschinen Typen I und II sowie für Schnellgießmaschinen Böttger sofort in dauernder Stellung gesucht. **Bauersche Werke, Frankfurt a. M.**  
Se ein tüchtiger 183

**Schiffgießer**  
für Sonderliche und Stillermannische Stempelmaschinen sofort gesucht. **Schiffgießerei Bauer & Co., Stuttgart.**

**Schiffgießer**  
für Sonder- und Stillermannische Handmaschinen gesucht. 182  
**Gehr. Klingporr, Offenbach a. M.**  
Durchaus tüchtiger, in allen Sorten sehr gut ausgebildeter, 43-jähriger

**Schiffgießer**  
sucht Stellung. Provinzial- und Süddeutschlands bevorzugt. Best. Offerten an **Joseph Buchs, Rangquall (Niederb.).**

**Tüchtiger Schiffgießer**  
in allen Sorten bewandert, sucht für sofort dauernde Stellung. Angebote unter A. D. 89 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Schweizerdegen**  
bisher in einer größeren Feilungsbucherei tätig gewesen, bewandert in Feil-, Limb- und Stereotypie sowie Druck- und Buchbindungsarbeiten, sucht Stellung in Abzügen oder Sachen. Austritt wegen Polensgefahr. Offerten unter O. S. 84 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Monotypgießer**  
erste Kraft, alle Eindrungen selbst befehlend, guten Gehalt, sucht in Leipzig Stellung. Offerten unter Nr. 91 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Junger, freibewerber Galvanoplastiker**  
26 Jahre alt, sucht für sofort oder später Stellung, ganz gleich wohin. Wertsch. Off. unter Nr. 73 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Alle in Ihrer Druckerei**  
unbrauchbar gewordenen Segwinkeln repariert gleichmäßig 124  
**Elektromech. Industrie, G. m. b. H., München, Frauenbergstraße 3.**

**Wie errichtet und leitet man einen Verein?**  
Nach dem neuen deutschen Vereinsgesetz für den praktischen Gebrauch bearbeitet von **Hermann Langner**. Mit Mustern, Formularen und dem neuen Vereinsgesetz im Wortlaut. 1,50 Mk. Zu beziehen durch den **Verlag v. Siegl, München 9, Columbusstr. 1.**

**Feldzeitungen Fliegerabwürfe Lagerzeitungen**  
hauft **A. Hoffmann, 1912**  
Freiburg i. Br., Schwellstraße 55.  
**Für die Gehilfenprüfung**  
empf. geeignete Fachlehrbücher. **Verlag v. Siegl, München 9, Columbusstr. 25/26.**

**Graphische Bereinigung Dresden**  
Freitag, 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Kaisers Hof“, Kauschstraße 23:  
**Verammlung**  
Beziehungslösung wegen erheblichem Bezugspreise der „Z. M.“.

**Fachbücher, Werkzeuge Ahlen und Pinzetten**  
kleiner-billig und gut 1786  
**Verband d. Deutscher Typogr. Gesellsch., Leipzig**, Salomonstr. 8, Postfachkonto Nr. 53430. Preisliste kostenlos.

**Jellenbach** mit feiner Einteilung, 50 Pf. C. Frig, Mainz, Mainstr. 30.

**Ferdinand Manhardt**  
aus Gondershausen, im Alter von 43 Jahren. Er folgte seiner einzigen Tochter 14 Tage später in den Tod.  
**Karl Manhardt, Magdeburg-Bl., Lübeckstr. 29**

**Hugo Schridde**  
aus Wolfenbüttel, 33 Jahre alt. Wir werden dem Verstorbenen ein freies Andenken bewahren.  
**Bezirksverein Naumburg a. d. S. Machinemeisterklub Naumburg.**

Am 29. Juni verstarb infolge Operation (Magenerkrankung) unser lieber Kollege, der Seher 188  
**Franz Bollmeyer**  
im Alter von 24 Jahren. Dem Verstorbenen bewahrt ein freies Andenken.  
**Der Bezirksverein Naumburg.**

Am 5. Juli verschied plötzlich nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Seher  
**August Hofmann**  
im Alter von 61 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
**Der Ortsverein Zerbst i. Vnd.**

**„Graphischer Materialienmarkt“**  
Die Welt im gesamten Wirtschaftsleben vor sich gehenden grundlegenden Umwälzungen machen es jedem Buchdrucker nachdrager zur Pflicht, sich laufend über die Lage im gesamten Gewerbe und über die Möglichkeit zur Schaffung freierer, allen Seiten Rechnung tragender Zustände zu orientieren. Der wünschenswerteste „Graphische Materialienmarkt“ bietet in dieser Hinsicht die beste Quelle, welche erschöpfend über die Lage und die Notwendigkeiten im Gewerbe berichtet.  
**Ein jeder abonniere daher den „Graphischen Materialienmarkt“**  
Bezugspreis durch die Post 2,50 Mk., vom Verlag unter Kreuzband 3,50 Mk. pro Vierteljahr. 159  
Aus dem Inhalt der ersten Nummer: Weltmarkt — Zwischende Notwendigkeiten — Die Frage der Sozialisierung im graphischen Gewerbe — Was andre von uns denken — Herstellungsweisen — Änderungen ausländischer Kapitals in unsere Industrie — Sparen heißt nicht sich einschränken (Ein Beitrag über Zeitungsdruck) — Das Überdieren des Fernmaterials — Etwas über die Reklame — Reklame? — Werbeartikel — Altkopierapparat — Prüfung sogenannter empfindlicher Farblosse — Rundschau — Geschäftes- und Personalnachrichten — Zeitungen und Zeitchriften.  
Verlag: „Graphischer Materialienmarkt“, Leipzig, Banerische Straße 47.

**Erster Akzidenzseher**  
nach Stuttgart gesucht. Hervorragende Leistungen in modernen Reklamendruck-sachen für Industrie und Buchhandel erste Bedingung. Angebote mit Angabe des Gehalts usw. unter Nr. 81 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Tüchtiger Linotypeseher**  
für Doppelmagazinmaschine für sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote an **Buchdruckerei Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.**

**Zuverlässiger, tüchtiger Maschinenmeister**  
der auch den Platten- und Aufzugsdruck vollständig beherrscht, kann sofort eintreten. Angebote an **G. S. Bankauf, Bochum, Friedrichstraße 22.**

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen erfahrenen, tüchtigen 171  
**Rotationsmaschinenmeister**  
für unsere 22teilige, bänderlose Rotationsmaschine mit Wendestangen. Bauart: Vollglatte Maschinenfabrik. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung baldigst erbeten.  
**Emil Orlebsch, Verlag des „Westfälischen Anzeigers“, Hamm (Westl.).**